

presse

Deutschland ist international ein attraktiver Studienstandort

Zu aktuellen Zahlen über ausländische Studierende in Deutschland erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Die zunehmende Zahl ausländischer Studierender in Deutschland ist erfreulich. Dass rund drei Viertel ihr Abitur auch nicht in Deutschland abgelegt haben zeigt, dass deutsche Hochschulen auch für viele junge Menschen im Ausland attraktiv sind. Sie genießen einen guten Ruf als Basis für ein selbstbestimmtes Leben und eine erfüllte Karriere. Deutschland braucht mehr ausländische Studierende auch, um seinen eigenen Fachkräftebedarf besser decken zu können. Dazu müssen Politik, die Hochschulen und die Studierendenwerke am Ball bleiben und gemeinsam die Bedingungen für ausländische Studierende im Studium sowie die Perspektiven nach ihrem Abschluss weiter verbessern.

Obwohl Hochschulen und Studierendenwerke ihre Beratungs- und Betreuungsangebote in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut haben, bleibt die Abbrecherquote bei ausländischen Studierenden weiterhin höher als bei deutschen Studierenden. Bund und Länder müssen mehr tun, damit die Hochschulen und Studierendenwerke noch besser in der Lage sind, ihre Angebote genauer auf diese Zielgruppen zuzuschneiden und die Betreuung auszubauen. Dieses ist Teil der sozialen Dimension der steigenden Studierendenzahlen und muss endlich auch in den Verhandlungen zur Hochschulfinanzierung und zum Hochschulpakt berücksichtigt werden.

Die Situation für Absolventen wurde zwar verbessert. So hat die Koalition im Aufenthaltsrecht mehrere Vorschläge der SPD aufgegriffen, etwa zum Zuverdienst im Studium oder zur Verlängerung der Frist für die anschließende Arbeitsplatzsuche. Aber Schwarz-Gelb weigerte sich, weiteren sinnvollen Empfehlungen von der Opposition wie den Ländern zu folgen und an wichtigen Stellen mehr Rechtssicherheit zu schaffen. So bleibt etwa weiterhin diffus, was als „angemessener“ Arbeitsplatz für einen Ausländer mit deutschem Abschluss anerkannt werden könne. Hier hat die Koalition der Mut zu früh verlassen.

Insgesamt aber stimmt die Richtung. Bund, Länder, Hochschulen und Studierendenwerke müssen aber nachlegen, um die Entwicklung zu sichern und zu verstärken.